

Wolfgang Mischnick

Die Vorgeschichte der DDR-Gründung „Die Perspektive eines politischen Zeitzeugen“

Ich war im Oktober 1947 in Bad Schandau zum stellvertretenden Landesvorsitzenden der LDP in Sachsen gewählt worden. Als ich zur ersten Landesvorstandssitzung erschien, wurde mir mitgeteilt, daß zwar der gesamte Landesvorstand von der SMA (Sowjetische Militäradministration) genehmigt worden sei, meine Wahl jedoch nicht, und der gegen mich durchgefallene Dr. Blume aus Leipzig stellvertretenden Landesvorsitzender würde. Somit konnte ich dieses Amt nie antreten. Danach bekam ich Rede- und Schreibverbot. Ich war gleichzeitig hauptamtlicher Jugendsekretär und Leiter des Blockausschusses der LDP, aus dem ich auch entlassen wurde, so daß ich im April 1948 die Flucht von Dresden nach Berlin antrat. Von dort flogen mich die Amerikaner im Mai nach Frankfurt am Main aus, pikanterweise genau am Himmelfahrtstag. Zum Glück entstand daraus kein „Himmelfahrts-Kommando“ für mich.

Wenn man sich in diese Zeit hineinversetzen will, muß man sich, wenn es manchen auch schwerfällt, vorstellen, wie es damals in Deutschland aussah. Die Überlebenden des Bombenterrors, der Konzentrationslager, die aus den ostdeutschen Gebieten Vertriebenen, die heimkehrende Frontgeneration, wie wir uns damals nannten (ich war selbst von 1939 bis 1945 Soldat gewesen), und die wieder erwachten Demokraten aus der Zeit von vor 1933: Alle standen vor einem Trümmerhaufen im materiellen wie im ideellen Sinne. Viele kamen ziemlich früh zu der Erkenntnis, daß ein Mittun, ein Mitgestalten unerlässlich sei. Der Vorwurf, den wir damals hören mußten, wir hätten uns während der Schul- und Soldatenzeit zu wenig mit Staat und Politik auseinandergesetzt, hat uns aufgerüttelt. Die Hoffnung, daß nun Demokratie und Freiheit in Deutschland selbstverständlich sein würden, war ein Grund, weshalb ich schon im Juli 1945 in Dresden dem Aufruf zur Gründung der Demokratischen Partei folgte.

Vorausgegangen war, daß ich mich – ich ging noch am Stock – mindestens einmal wöchentlich beim Arbeitsamt melden mußte. Der dortige Sachbearbeiter sagte zu mir: „Wir haben 1918/19/20 den Fehler gemacht und die Soldaten ausgegrenzt, das wollen wir nicht wieder tun. Engagieren Sie sich politisch.“ Ich habe das sehr ernst genommen, mir die Parteiprogramme angesehen und ihm später gesagt, daß ich mich entschieden habe. Zu seinem Bedauern nicht für die Kommunistische Partei, deren Mitglied er war, sondern für die LDP. Er meinte aber, das sei ja auch eine zugelassene Partei und hatte nichts dagegen einzuwenden. Das wäre nicht so erwähnenswert, wenn nicht derselbe Mann 1947, als ich in Dresden schon einigermaßen bekannt war als Stadtverordneter, zu mir gekommen wäre und mich gefragt hätte, ob ich ihm nicht die Adresse vom Ostbüro der SPD in Westberlin nennen könne, denn das, was jetzt liefe, sei nicht der Sozialismus, den er sich vorgestellt hätte.

Im LDP-Programm, das ich mir gründlich angesehen hatte, fand ich – wie sollte es bei einer liberalen Partei anders sein – Bekenntnisse zu Frieden, Freiheit, zur individuellen Entwicklung und zur Einheit. Das war für uns junge Menschen, gerade aus dem Krieg zurückgekehrt, ein ganz besonders wichtiger Punkt. Unser damaliger LDP-Vorsitzender Wilhelm Külz hat sich in seinen Reden von Anfang an immer wieder zu einer gesamtdeutschen Partei bekannt, hat immer wieder gemahnt, daß wir als LDP im östlichen Bereich die Einheit als das Entscheidende ansehen sollten. Er hat dabei Stalin zitiert und deutlich gemacht, daß man nach dem Potsdamer Abkommen mit der Einheit Deutschlands rechnen könne. Sein Bemühen war, daß die liberalen Parteien in den vier Besatzungszonen sich 1947 zu einem gemeinsamen Vorstand mit Theodor Heuss und Wilhelm Külz als Vorsitzende zusammenfinden sollten, was bei keiner anderen Partei der Fall war.

Ich bitte um Nachsicht, daß ich als Liberaler dies so deutlich zum Ausdruck bringe. Das hing auch damit zusammen, daß der erste Generalsekretär der LDP in Sachsen, Ernst Mayer, der mich überhaupt zur Politik gebracht hatte, aus dem damaligen Württemberg-Nordbaden stammte. Er war von den Nazis gezwungen worden, Württemberg zu verlassen und hatte sich bis zum Kriegsende in Dresden niedergelassen. Nach Rückkehr in seine Heimat trat er natürlich auch dort für die deutsche Einheit ein. Allerdings ist es gut, sich daran zu erinnern, daß auch Külz damals schon mahnende Worte ausgesprochen hat. Er sagte nämlich: „Jeder, den seine politische Betätigung in die einzelnen Zonen führt, wird feststellen müssen, wie weit wir uns in den einzelnen Zonen auch innerlich schon voneinander entfernt haben. Es ist geradezu haarsträubend, welchen konfusen Auffassungen man in den einzelnen Gebieten Deutschlands über die Lage und Zustände in anderen Gebiets-teilen begegnet, wie stark die Neigung ist, unter Hintanstellung der gesamtdeutschen Interessen sich regional nach Ländern zu orientieren. Die äußeren Schlag-bäume an den Zonengrenzen sind schon ein schmerzlicher Anblick, aber ungleich schmerzlicher sind die Zonengrenzen, die wir selbst gegeneinander in unserer Emp-findungs- und Anschauungswelt aufrichten.“

Wir hatten das Gefühl, gerade wir Jungen, daß man sich in den westlichen Besatzungszonen überhaupt nicht in das hineindenken konnte, was innerhalb der sowjetischen Besatzungszone möglich war oder auch nicht. In diesem Zusammenhang erinnere ich mich an die Rede des amerikanischen Außenministers James Byrnes, die er 1946 in Stuttgart gehalten hat. Ich hatte sie natürlich nicht hören können, aber anlässlich einer Sitzung des Zentralvorstandes, dem ich als Jugendvertreter angehörte, hatte ich sie mir in Berlin besorgt. Als ich darin las, daß man vom Morgenthau-Plan abgekommen sei und für Deutschland eine Zukunftschance sichtbar machen wolle, schöpfte ich mit allen anderen die Hoffnung, doch noch nicht ganz abgeschrieben zu sein. Denn abgeschrieben zu werden, das war unsere große Sorge, und deshalb auch haben wir Jüngeren damals alles versucht, in unserer gesamten politischen Arbeit den Gedanken der Einheit auf keinen Fall verlorengehen zu lassen. Das ist zum Beispiel geschehen mit einem Plakat, auf dem die Jugend aufgefordert wurde, sich zur Arbeit, zur Einheit, zur Wahrheit, zur Demokratie, zur Jugendbewegung zu bekennen und zur LDP zu kommen. Für viele junge Menschen war das ein wichtiger Hinweis, daß hier eine Partei versuchte, die Einheit Deutschlands zu erhalten, denn jeder konnte sehen, wie weit die vier Besatzungszonen sich schon auseinanderentwickelten.

Als ich allerdings wenige Monate später – es war bereits nach der Ministerpräsidenten-Konferenz in München im Jahre 1947 – bei der SMA den Antrag stellte, ein weiteres Plakat zu genehmigen, gab es Schwierigkeiten. Das Plakat zeigt die Umrisse der vier Besatzungszonen und in der Mitte das Wahrzeichen der Liberal-Demokraten, das „D“, gehalten von je einer Hand aus den vier Besatzungszonen. Als ich dem zuständigen Offizier dies vorlegte, sagte er schlicht, daß er es nicht genehmige. Auf meine Frage, warum nicht, erwiderte er, es gäbe kein Deutschland mehr. Ich sagte: „Entschuldigung, das ‚D‘ heißt Demokratie, und die aufgehende Sonne, das ist Demokratie für Deutschland, was wir doch gemeinsam in allen vier Besatzungszonen wollen.“ Er lächelte süffisant und meinte: „Wir kennen Sie alle viel zu gut, als daß wir nicht wüßten, daß Sie damit auch Deutschland meinen.“ Daß ein Besatzungsoffizier 1947 klipp und klar sagte, Deutschland gäbe es nicht mehr, obwohl sein oberster Dienstherr noch davon gesprochen hatte, daß die Einheit Deutschlands zu erhalten sei, war für uns ein weiterer Hinweis darauf, welche Gefahren für ein Auseinanderleben vor uns standen.

1947 fand die Ministerpräsidenten-Konferenz in München statt, wo noch einmal der Versuch unternommen wurde, zu einem gemeinsamen Handeln zu kommen. Ich bitte um Verständnis, wenn ich auch hier das, was ich selbst erlebt und mitgemacht habe, in den Vordergrund stelle. Es hat schwerer Auseinandersetzungen bedurft, der liberaldemokratische Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Erhard Hübener, mußte sogar mit seinem Rücktritt drohen, und Külz schloß sich der Forderung an, daß die Ministerpräsidenten der sowjetischen Besatzungszone teilnehmen dürfen. Wenn nicht, schloß auch er seinen Rücktritt nicht aus. Es hat mich etwas überrascht beim Nachlesen von Artikeln und Darlegungen über diese Ministerpräsidenten-Konferenz, daß von diesen Schwierigkeiten kaum etwas zu hören war. Wir in Sachsen haben dazu noch Thesen erarbeitet und dem damaligen Ministerpräsidenten, Rudolf Friedrichs, mit auf den Weg gegeben. Heute würde man das möglicherweise Koalitionsvereinbarungen nennen. Die Tragik wollte es, daß Friedrichs kurz vor der Konferenz verstarb und an seiner Stelle der Alt-Kommunist Kurt Fischer teilnahm.

Ich habe mit Interesse den jüngsten Forschungen über diese Zeit entnommen, daß man sich nach wie vor nicht darüber klar ist, ob der plötzliche Tod von Friedrichs, der nicht ungelegen kam, eine ganz natürliche Ursache hatte, oder ob mehr dahinter steckte. Ich weiß nur noch, daß recht schnell geredet wurde, Friedrichs – ein Mann aus der alten Sozialdemokratischen Partei, der immer wieder versuchte, gesamtdeutsche Gesichtspunkte sichtbar zu machen – sei daran gehindert worden, nach München zu fahren. Ob solche Aufregungen möglicherweise einen Herzinfarkt verursacht haben oder was auch immer – ich kann es nicht beurteilen. Interessant ist jedoch, daß dies in letzter Zeit durch das Hannah-Arendt-Institut in Dresden untersucht worden ist.

Nachdem also diese Konferenz gescheitert war, haben wir versucht, in Eisenach auf einem sogenannten „Zonenparteitag“ die gesamtdeutsche Problematik in den Vordergrund zu stellen. Auf diesem Parteitag sprachen nicht nur Vertreter aus den Westzonen, sondern mir war es auch gelungen, im Rahmen dieses Parteitags in einem Saal der Wartburg eine Jugendkundgebung durchzuführen. Hierbei kamen Vertreter aus allen vier Besatzungszonen zu Wort. August Martin Euler aus der amerikanischen Zone legte mit vollem Einsatz los und verdonnerte alles, was mit

Sozialismus oder Kommunismus zusammenhing, in Grund und Boden. Das nahmen meine jungen Freunde aus der Sowjetzone natürlich mit Begeisterung auf und gaben in der Diskussion ihre entsprechend positive Stellungnahme ab, nicht daran denkend, daß in der Veranstaltung mehrere sowjetische Offiziere saßen, die jeden einzelnen Diskussionsredner notierten und die regionalen Militäradministrationen bzw. Kommandanturen unterrichteten. All meine Versuche, durch Flüsterpropaganda zur Vorsicht aufzurufen, blieben ohne Erfolg. Die Verhaftungswelle von Hunderten liberaler Jugendlicher im Jahre 1948 bestätigt die kritische Haltung der LDP-Jugend.

Zu dieser Zeit wurde auch versucht, Kontakte mit den Jungdemokraten der Westzonen aufzunehmen. Wir selbst durften uns ja nicht „Jungdemokraten“ nennen, das wäre gegen die Interessen der FDJ gewesen; wir nannten uns nur „Jugendausschuß“. Da wir eine Parteischule in Radebeul bei Dresden hatten, kamen eines Tages Jugendreferenten aus der englischen und amerikanischen Besatzungszone dorthin. Kaum waren sie in der Parteischule eingetroffen, war schon die Besatzungsmacht da und erklärte, dies sei illegal, obwohl uns die Zentrale in Berlin gesagt hatte, es sei alles geregelt. Sie waren mit „Interzonenpässen“ gekommen, aber alle unsere weiteren Bemühungen, noch nachträglich eine Genehmigung zu erhalten, scheiterten, so daß die jungen Leute wieder abreisen mußten. Ich erwähne das deshalb, weil heute oft so getan wird, als seien gesamtdeutsche Kontakte zwar von Ost nach West versucht worden, in umgekehrter Richtung jedoch nicht. Das Gegenteil war der Fall.

Vor kurzem erst las ich wieder mal in einem Artikel „Die Entwicklung im Osten“, daß diese ein Reflex auf die Staatsgründung im Westen gewesen sei. Lassen Sie mich dazu etwas sagen. Es lohnt sich, die Verfassungen der Länder der damaligen sowjetischen Besatzungszone anzusehen. In den Landesverfassungen, die Ende 1946/Anfang 1947 beraten und verabschiedet wurden, stand in Artikel 1 beispielsweise in Thüringen: „Das Land Thüringen ist ein Glied der Deutschen Demokratischen Republik“ usw., usw. „Deutschen“ in Großbuchstaben geschrieben. So steht es in den Verfassungen von Sachsen-Anhalt, Mecklenburg, Brandenburg und Thüringen. In der sächsischen Verfassung heißt es: „Das Land Sachsen ist ein Glied der deutschen demokratischen Republik“, „deutschen“ kleingeschrieben. Warum? Weil wir damals in einem Gespräch mit unseren Landtagskollegen (ich war im Gegensatz zu mancher landläufigen Meinung nie im Landtag, denn ich war zwar aufgestellt, aber von der sowjetischen Besatzungsmacht zusammen mit zwei anderen Kandidaten von der Liste gestrichen worden) darauf gedrungen hatten, daß diese Großschreibung auf keinen Fall durchgehen sollte. Sie war im Verfassungsentwurf der SED enthalten, und wir sahen das als die Vorwegnahme einer gesamtstaatlichen Bezeichnung an. Bei einem Vergleich kann man feststellen, daß es in keinem der westdeutschen Länder in den Landesverfassungen eine solche Festlegung gegeben hat. Deshalb kann man sagen, es war 1949 bestenfalls ein faktisches Nachziehen gegenüber der Bundesrepublik. Ein ideologisches Vorausgehen zu einem Separatstaat „Deutsche Demokratische Republik“ hatte es längst mit diesen Überlegungen des Verfassungsentwurfs der SED gegeben.

Ganz nebenbei: Ich erwähne das nicht erst in diesen Tagen. 1966 wurde ein „Redneraustausch“ propagiert, und da gab es im Bundestag heftige Debatten, was wohl geschähe, wenn der Redneraustausch zustandekäme und Walter Ulbricht ein-

reisen wolle. Es wurde über ein Gesetz gesprochen, das wir „Handschellengesetz“ nannten. Damit sollte sichergestellt werden, daß nicht vielleicht irgendein Amtsrichter oder Staatsanwalt oder wer auch immer Ulbricht verhaften und alle politischen Überlegungen hinfällig machen könnte. Daß der Redneraustausch letztendlich nicht zustandekam, ist ja bekannt. Aber Ende März 1966 haben FDP und Jungdemokraten in der Englischen Kirche in Bad Homburg einen öffentlichen Dialog mit drei LDPD-Vertretern aus Thüringen geführt. Damals schon habe ich auf diese Verfassungsunterschiede hingewiesen, aber von seiten der DDR-Vertreter wurde dazu nur gesagt, das könnten sie nicht beurteilen, und sie wüßten auch nichts davon. Was mich etwas bekümmert, ist, daß dieser Gesichtspunkt in den vielen öffentlichen Darlegungen über die Entwicklung 1948/49 kaum eine Rolle gespielt hat. Auch ohne dies überzubewerten, zeigt es doch die klare Marschrichtung, aus der sowjetischen Besatzungszone einen eigenständigen Staat zu machen.

Als Zeitzeuge will man nicht nur die gesamtdeutschen Überlegungen ansprechen, sondern auch ein paar Erfahrungen und Erlebnisse einbringen aus der praktischen Arbeit. Als am 1. September 1946 und danach – es war ja in den einzelnen Ländern unterschiedlich – Kommunalwahlen stattfanden, wurden diese natürlich unter den Bedingungen der Besatzungsmacht gehandhabt, im Osten wie im Westen. Bei dieser ersten Kommunalwahl aber konnte jeder noch sein Kreuzchen machen ohne jegliche Kontrolle; Mundhalten und Zettelfalten kam erst später. Die Möglichkeiten, eigene Listen aufzustellen, waren in manchen Gebieten, zumal in ländlichen Bezirken, sehr schwierig: Man mußte zehn Mitglieder nachweisen, unter denen niemand sein durfte, der irgendwie einmal etwas mit der NSDAP zu tun gehabt hatte. Wurde dann dennoch einer herausgefunden, so waren es eben nur noch neun, und die Liste wurde nicht zugelassen. Doch das waren relativ nebensächliche Dinge. Sieben Wochen später fanden die Landtagswahlen statt. Hier traten interessanterweise schon mehr Gruppierungen als bei der Kommunalwahl an, in Sachsen z.B. zusätzlich die „Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe“ und der „Kulturbund zu demokratischen Erneuerung Deutschlands“. Der Grund hierfür war, daß man bei den Kommunalwahlen vielerorts nicht die gewünschten SED-Mehrheiten zustandegebracht hatte. In der Einrichtung der sogenannten „Beratenden repräsentativen Körperschaft der Stadt Dresden“ war schon vorher deutlich geworden, wohin das gehen sollte. Das war sozusagen der Vorläufer des kommunalen Parlamentes. Für dieses Gremium waren nicht nur Vertreter der sozialistischen Partei, der CDU und der LDP, sondern auch vom Freien Deutschen Gewerkschaftsbund, Frauenausschuß, der FDJ, der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe, Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer sowie Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens nominiert. Wir haben das als eine Art Übergangslösung angesehen, in Wahrheit aber war das schon ein Zeichen für die künftige Entwicklung. Daß bei der Landtagswahl dann mehrere Organisationen mit kandidierten, machte deutlich, in welche Richtung die Überlegungen der Besatzungsmacht gingen: Die „Blockausschüsse“, die zunächst aus KPD, SPD, CDU und LDP bestanden, wurden bald ergänzt durch die Massenorganisationen und landeten zuletzt in der Nationalen Front. Ich hatte damals den Eindruck, daß sich die Besatzungsmacht am Anfang noch zurückhielt, weil ja zu diesem Zeitpunkt noch der Vier-Mächte-Status galt, der Alliierte Kontrollrat. Auf dem Papier funktionierte dieser auf jeden Fall in Bezug auf Reparatio-

nen, aber es zeigte sich hier schon, wohin die Entwicklung gehen würde, in Richtung Räterepublik.

Es gab keine Veranstaltung, in der nicht Vertreter der SMA oder der Kommandantur saßen, ganz gleich, ob es Stadtverordneten- oder Ausschußsitzungen waren. Wir fanden natürlich kleine Tricks, um einmal ohne ständige Aufsicht zusammenzukommen, z. B. indem wir den Beginn einer Jugendausschuß-Sitzung auf 10 Uhr festsetzten, durch Mundpropaganda aber den Mitgliedern klarmachten, daß sie bereits um 9 Uhr da sein sollten. Es fiel dann allerdings auf, daß der eine oder andere beim „offiziellen“ Teil der Sitzung im Beisein eines Besatzungsoffiziers manches Kritische aus der inoffiziellen Stunde wiederholte und es den entsprechenden Kameraden zuordnete.

Man darf nicht ausschließlich die Protokolle der damaligen Zeit bewerten, das wäre ein großer Fehler. Warum? Weil in den Protokollen kaum jemals der tatsächliche Ablauf der Sitzungen festgehalten wurde, denn sie mußten ja der Besatzungsmacht eingereicht werden. Wenn da in Abwesenheit von Offizieren, die aus irgendwelchen Gründen früher weggegangen sind, bestimmte Dinge behandelt wurden, sind die natürlich nie im Protokoll erschienen. Wobei ich zugeben muß, daß ich für Historiker eine schlechte Quelle bin, weil ich mein ganzes politisches Leben lang nur sehr wenig schriftlich festgehalten habe, nur wenn es unbedingt notwendig war. Vielleicht ist das ein Erfahrungssatz aus der Zeit von 1945 bis 1948, denn ich verhehle nicht, daß mich diese Zeit mehr geprägt hat als manches Jahrzehnt danach.

Lassen Sie mich noch ein typisches Beispiel für die Rücksichtnahme auf die Besatzungsmacht nennen. Es war am 23. Mai 1947 die Vorbereitung auf die Dresdner Festspieltage zur Eröffnung des Schauspielhauses. Im Kulturausschuß, dem ich angehörte, hatte meine Kollegin Magarete Dyck beantragt, daß zu dieser Gelegenheit „Fidelio“ aufgeführt werden solle. Die Entscheidung wurde vertagt, und bei der zweiten Sitzung am 6. Juni kam als Gegenvorschlag „Der Freischütz“. Mit sechs zu vier Stimmen wurde „Fidelio“ abgelehnt. Wir haben uns nicht lange fragen müssen, warum. Der „Gefangenchor“ aus dieser Oper war natürlich nicht gerade Musik in den Ohren der Besatzungsmacht. Daß dann später doch Fidelio aufgeführt wurde, ändert nichts an der Tatsache der damaligen Ablehnung. Vielleicht ist es ganz angebracht, den genauen Text dieses Chores hier zu zitieren:

„Sprecht leise, haltet euch zurück!
Wir sind belauscht mit Ohr und Blick.
Oh, welche Lust in freier Luft
den Atem leicht zu heben.
Nur hier, nur hier ist Leben.
Sprecht leise, haltet euch zurück!
Wir sind belauscht mit Ohr und Blick.“

Natürlich verhehle ich nicht, daß wir ganz bewußt auf Beethovens „Fidelio“ bestanden haben, um auf diese Weise unsere tatsächliche Situation sichtbar zu machen. Man konnte ja keinen politischen Schritt ohne Genehmigung tun. Ich hatte vorhin schon von Plakaten gesprochen. Alles, was an Schriftlichem vervielfältigt wurde, bedurfte der Genehmigung. Manchmal fanden wir einen Ausweg. Viele Schreibmaschinen gab es zwar nicht, aber in meiner Ortsgemeinschaft waren insgesamt acht davon vorhanden. Also kamen acht weibliche Mitglieder mit diesen Schreib-

maschinen in die Geschäftsstelle, und dann wurden nach Diktat pro Dame sechs bis acht Durchschläge – je nachdem, was das Kohle- und Durchlagpapier hergab – abgetippt, so daß wir 500 bis 600 Einladungen hatten, die nicht vervielfältigt und somit nicht genehmigungspflichtig waren. Alles, was in Zeitungen erschien, war der Zensur unterworfen. Dabei teilte man nicht etwa dem Verfasser mit, sein Artikel würde nicht gedruckt, sondern es wurden einfach Sätze gestrichen. Erst wenn man später das Original mit dem gedruckten Text verglich, konnte man feststellen, was daraus geworden war.

Das will ich an einem Beispiel deutlich machen. Wer heute den Artikel liest, den ich am 24. September 1946 im „Sächsischen Tageblatt“ zu dem Verhältnis von LDP und FDJ geschrieben habe, der könnte auf die Idee kommen, ich sei zustimmend zur FDJ gewesen. Man müßte aber die Sätze kennen, die aus meinem Artikel herausgestrichen worden sind. Der eine lautet: „Die Ablehnung, die die FDJ zum Teil noch erfährt, ist meistens unbegründet. Die FDJ mit der Staatsjugend vergangener Tage gleichzusetzen, ist völlig abwegig, das käme ja einer Verhöhnung des Wortes ‚frei‘ gleich.“ Natürlich hat der Presseoffizier die Ironie gemerkt, die dahinter steckte, und den Satz kurzerhand gestrichen. Genauso: „Wir möchten aber ein weiteres Recht [das waren die ‚Grundrechte der jungen Generation‘, die damals von der FDJ propagiert worden sind] hinzufügen, das Recht auf persönliche Freiheit, denn das birgt ja der Name Freie Deutsche Jugend und auch das Wort liberal in sich. Dabei wollen wir als Jugend, ob politisch tätig oder nicht, ob FDJ-Angehöriger oder nicht, niemals vergessen, daß die Erfüllung von Pflichten Voraussetzung für Rechte ist.“ Weiter: „Die Arbeit in der FDJ darf aber niemals zum Spielball persönlicher oder parteipolitischer Interessen werden.“ All diese Streichungen machen deutlich, daß kritische Äußerungen gegenüber der FDJ nicht gedruckt werden durften. Meine jungen Freunde in den Ausschüssen fragten mich: „Sag mal, hast Du das wirklich geschrieben?“ Wenn ich ihnen dann vorlas, was gestrichen worden war, herrschte allgemeine große Bestürzung.

Wie humorlos die Genossen waren – nicht nur die sowjetischen, sondern vor allem die der SED – mag folgendes Beispiel belegen. Während des Kommunalwahlkampfes versuchte die SED, sich alles Positive, was seit Kriegsende geschehen war, an ihre Fahnen zu heften. So wurde behauptet, sie habe Glas für Fensterscheiben beschafft, Kartoffeln besorgt und vieles mehr. Alles Dinge, die für das tägliche Leben unverzichtbar waren. Das hat uns dazu gebracht, im „Sächsischen Tageblatt“ ein Gedicht zu veröffentlichen und es außerdem so weit als möglich auf Flugblättern zu verteilen:

„Wenn morgens früh die Sonn' aufsteht
und abends wieder untergeht,
wenn tags sie scheint in heller Pracht,
das hat die SED gemacht.“

Der durchschlagende Lacherfolg führte zu der Weisung, die Verbreitung sofort einzustellen. Wir haben es dann durch Flüsterpropaganda weiter unter die Leute gebracht.

Der Marsch in die Räterepublik, den wir damals befürchteten, aber immer noch verhindern zu können glaubten, wobei wir große Hoffnungen auf die Außenministerkonferenz setzten, führte dazu, daß wir den Gedanken der Blockpolitik, dem

wir anfangs sehr positiv gegenüberstanden, mit anderen Augen ansahen. Zuerst war der Ausgangspunkt gewesen, die demokratischen Kräfte zu bündeln, die Entwicklung gemeinsam voranzubringen. Allmählich jedoch kam die Sorge auf, ob diese Blockpolitik, diese Blockausschüsse nichts weiter waren als der Versuch, Initiativen abzubremsen bzw. in andere Richtungen zu lenken. Das galt für die LDP genauso wie für die CDU. Die Zulassung von National-Demokratischer Partei und Bauernpartei war zu diesem Zeitpunkt ja noch nicht erfolgt. Das führte dazu, daß auf Beschuß des LDP-Landesverbandes Sachsen der Vorsitzende, Hermann Kastner, einen „Ausschuß für Blockpolitik“¹ ins Leben rief. Der hatte nicht etwa die Aufgabe, die Blockpolitik besonders zu fördern, sondern sie kritisch zu beobachten, wenn versucht wurde, die gemeinsamen Vereinbarungen zu brechen, denn aus der ursprünglichen Idee der Zusammenarbeit in den Blockausschüssen versuchte die SED ein Instrument der Unterwerfung zu machen. Vor den Kommunalwahlen 1946 war es zu Absprachen über die Besetzung der Bürgermeister- und Oberbürgermeisterämter gekommen. Es wurde festgelegt, daß die jeweils stärkste Partei den Oberbürgermeister bzw. Bürgermeister stellt, die zweitstärkste Partei immer dessen Stellvertreter usw. Daran hielt man sich am Anfang, doch bald versuchte man, diese Vereinbarung auf den Kopf zu stellen und sofort, wenn ein Stadtoberhaupt – aus welchen Gründen auch immer – ausschied, diesen durch ein SED-Mitglied zu ersetzen. Der Blockausschuß der Sachsen-LDP hatte nun die Aufgabe, solche Übergriffe nicht nur festzustellen, sondern sie auch in den entsprechenden örtlichen Blockausschüssen zur Sprache zu bringen.

Kastner hatte mir die Leitung des Blockausschusses beim Landesverband übertragen, so daß sich massenhaft Beschwerden bei mir sammelten. Wie weit die Versuche gingen, Einfluß zu nehmen oder mögliche Aktivitäten einzuschränken, geht beispielsweise daraus hervor, daß die Bemühungen der liberal-demokratischen Seite, auch in Betrieben Fuß zu fassen (damals gab es die Einschränkung noch nicht, daß die LDP keine Arbeiter aufnehmen dürfe), schlicht und einfach konterkariert wurden. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, Kreisvorstand Zwickau, Abteilung Betriebsgruppe, hat am 19. Juli 1947 ein Rundschreiben herausgegeben, in dem es u.a. heißt: „Laut sicheren Informationen plant nun die LDP einen Einbruch in die Betriebe. Dies bedeutet, daß die bürgerliche Ideologie auch in die Betriebe getragen werden soll. Es ist die Schaffung von Betriebsgruppen geplant, Mitglieder des Betriebsrates, soweit sie der LDP angehören, sollen in Schulungen zusammengefaßt werden. Ebenso sollen Gewerkschaftsfunktionäre herangebildet werden. Werte Genossen! Ihr seht, mit welchen Methoden dieser Einbruch vorbereitet wird. Es darf nicht gelingen, die Arbeiterschaft in den Betrieben zu spalten.“²

So begann bereits 1947 der Versuch, über eine vorgetäuschte Zusammenarbeit in den Blockausschüssen allmählich zu einer Dominanz der SED zu kommen. Als diese Unterwerfung der anderen immer weniger klappte, bildete man die „Nationale Front“, zu der dann ja auch die anderen Organisationen hinzukamen. Wie sich die LDP dagegen gewehrt hat, geht aus einem Schreiben hervor, das am 26. April 1948 der damalige stellvertretende Vorsitzende der LDP, Arthur Lieutenant, an die

¹ Vgl. Aufbau des Ausschusses für Blockpolitik, 5. 5. 1947, Kopie im Besitz des Verfassers.

² Rundschreiben Nr. 55 des SED-Kreisvorstandes Zwickau, Abt. Betriebsgruppe, 19. 7. 1947, Kopie im Besitz des Verfassers.

SED richtete. In ihm heißt es: „Zu unserem aufrichtigen Bedauern müssen wir jedoch feststellen, daß in Aufrufen des Zentralsekretariats Ihrer Partei und auch den Aufrufen des FDGB zum 1. Mai darauf hingewiesen wird, daß die Demonstration unter anderem auch dem Sozialismus gelten soll. Hierdurch ist eine beträchtliche Unruhe in unsere Mitgliedschaft hineingetragen worden, da die LDP nicht für den Sozialismus eintritt und daher auch unmöglich an Veranstaltungen teilnehmen kann, die für den Sozialismus demonstrieren. Sie wissen, daß wir ehrlich bereit sind, Seite an Seite mit Ihnen für Deutschlands Einheit und einen gerechten Frieden einzutreten und daß wir uns vorbehaltlos zur Erreichung dieses Ziels mit Ihnen solidarisch erklären. Wir haben aber stets zum Ausdruck gebracht, daß in der Frage des Sozialismus unsere Wege sich trennen und gemeinsame Veranstaltungen und Kundgebungen unbedingt überparteilich gehalten werden müssen. Dieser Grundsatz unserer gemeinsamen Arbeit ist nunmehr von Ihnen zum ersten Mal durchbrochen worden. Wir bitten daher davon Kenntnis zu nehmen, daß wir uns außerstande sehen, uns an den Maifeiern zu beteiligen.“

Ich habe das deshalb so ausführlich zitiert, weil man oft ungerechte Urteile fällt über Menschen, die damals – es war kurz nach meiner Flucht – alles versucht haben, einen eigenständigen Weg zu gehen. Daß dieser Weg niemals zum Ziel führen konnte, hat zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschreckt. Übrigens konnte noch 1949 gesagt werden – ich zitiere: „Wir wollen nichts anderes, als daß die Verfassung respektiert wird. Wer das nicht tut, versündigt sich am Wiederaufbau, der getragen ist von der Einigkeit Deutschlands. Wir sind uns darüber im klaren, daß dieses einige Deutschland kein kommunistisches Deutschland sein kann und wird.“ So eine Rede von Kastner am 8. November 1949 in Berlin.

Was in diesem Zusammenhang interessant ist und oftmals gar nicht richtig beleuchtet wird, ist etwas, was uns schon ziemlich früh auffiel. Bei allen Auseinandersetzungen mit dem „Dritten Reich“, mit der Nazi-Diktatur, wurde immer wieder darauf hingewiesen, daß es darum ging, „antifaschistisch“ zu sein. Wenn jemand von „Nazis“ oder „Nationalsozialismus“ sprach, kam sofort die Rüge, es müsse „faschistisch“ heißen. Wir erkannten aber bald, wieso: der Begriff „sozialistisch“ durfte natürlich nicht negativ besetzt sein.

Wie weit die Bemühungen später noch gegangen sind, ist in einer Erklärung des Dresdner Stadtkommandanten von Ende November 1948 gegenüber der Stadtverordnetenversammlung zu lesen. Nach den damaligen Usancen mußte das der Stadtverordnetenvorsteher vorlesen: „Der Stadtkommandant hat in der letzten Stadtverordnetenversammlung mit Befremden das antidemokratische Auftreten einer Reihe Stadtverordneter festgestellt. Sie benutzten die Tribüne des demokratischen Stadtparlaments, um gegen alles Fortschrittliche aufzutreten. Sie bremsen die weitere Demokratisierung des Lebens der Stadt. Außerordentlich schlecht haben sich diese Volksvertreter im Zusammenhang mit der Erweiterung der Ausschüsse benommen. Einer von ihnen, Mischnick und so weiter, ist nach dem Westen gegangen, dient dort dem anglo-amerikanischen Imperialismus und beschäftigt sich mit militärischer Propaganda. Die anderen sabotieren die demokratischen Gesetze noch heute.“³ Worum ging es? In den mit Stadtverordneten besetzten Ausschüssen gab es

³ Eine Erklärung des Dresdner Stadtkommandanten, in: Sächsisches Tageblatt vom 27. 11. 1948.

entsprechend der gewählten Stadtverordnetenversammlung keine SED-Mehrheiten, denn die Sitzverteilung war dort 39 SED, 28 LDP, 13 CDU. Durch Aufnahme von VVN (damals noch Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, später mußte das auch geändert werden), von Bauernverband, FDJ usw. sollte der Versuch gemacht werden, die ordentlich gewählten Gremien in ihrer Mehrheitsbildung zu verfälschen, forciert natürlich von der Besatzungsmacht. Das zeigt ein weiteres Mal, daß schon zu der Zeit, als gerade der Parlamentarische Rat im Westen seine Arbeit aufgenommen hatte, in der Sowjetzone ganz systematisch auf eine mehr dem Rätesystem entsprechende Entwicklung hingearbeitet wurde.

Es gäbe noch vieles aus der persönlichen Erfahrung dieser Zeit zu sagen. Der Widerstand gegen die beginnende Gleichschaltung hat vielen – ganz gleich, ob aus der ehemaligen SPD, CDU, LDP oder aus dem kirchlichen Lager – die Freiheit und manchen gar das Leben gekostet. Besonders viele Jugendliche sind damals verhaftet worden, zum Teil von der Besatzungsmacht, aber – das kann nicht verschwiegen werden – oft auf Betreiben deutscher Stellen. Ich habe mit großer Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß viele der damaligen Urteile, die noch von der Besatzungsmacht ausgesprochen waren, heute von russischen Staatsanwälten korrigiert werden, weil sie selbst damals mit dem sowjetischen Recht nicht im Einklang waren. Denen, die dabei zu Tode gekommen sind, nutzt es nichts mehr, aber es ist wenigstens ein Stück Bereitschaft, diese Zeit aufzuarbeiten und manches erträglicher zu machen.

Wenn man das alles erlebt hat, könnte man meinen, es habe doch keinen Sinn, Verhältnisse ändern zu wollen. Ich war jedoch immer umgekehrt der Meinung, daß man versuchen muß, die Entwicklungen positiv zu gestalten. Und aus den selbst gemachten Erfahrungen wäre es ungerecht, heute diejenigen zu schelten, die später versucht haben, Nischen für selbständiges Handeln zu finden, eigene Wege zu gehen, waren sie auch noch so verschlungen. Das von mir genannte Beispiel der Zensur verdeutlicht darüber hinaus, wie falsch es ist, Veröffentlichungen allein zum Maßstab der Beurteilung zu machen. Der Bewegungsspielraum war gering für alle, die glaubten, etwas mitgestalten zu können. Ich plädiere deshalb dafür, daß man die verschiedenen Lebensentwicklungen gerecht und nicht pauschal beurteilt. Ich habe manchen aus dieser Zeit, von dem ich weiß, daß er mir geschadet hat, jetzt wiedersehen. Aber ich sehe es immer unter dem Gesichtspunkt, wenn es nicht Verbrechen gegen die Menschlichkeit waren, wenn nicht menschliche Schicksale zerstört worden sind, muß man versuchen, die Einsicht zu fördern, was falsch war, und den Weg für die Zukunft ebnen. Jeder, der selbst in so schwierigen Situationen war, kann verstehen, was es bedeutet, nicht schuldig zu werden. Jeder aber, dem solche Situationen erspart geblieben sind, sollte vorsichtig mit Verdacht und Urteilen sein.